

Linke „Hammerbande“ endlich vor Gericht: Wann nehmen Behörden und Politik diesen Terror endlich ernst?

Junge Verwirrte aus Jena und Leipzig stehen ab heute im Hochsicherheitstrakt des Oberlandesgerichts Düsseldorf unter Anklage. Vier Frauen und zwei Männer im Alter zwischen 22 bis 24 Jahren, die man als die „Hammerbande“ kennt, ein romantisierende Begriff, der in der linksradikalen Subkultur auf ähnlicher Stufe wie „Robin Hood“ für uns normale Menschen steht.

Das ist völlig unangemessen, denn anders als Robin und seine Kumpane in den grünen Strumpfhosen, die kriminelle Taten verübten (im Roman nur, es gab ihn nicht), um das arme Volk materiell zu unterstützen, verüben die „Hammer“-Schläger Gewalt, um Gewalt zu verüben.

Nix mit Romantik, es sind Verbrecher, auf dem Absprung in den Terrorismus. „Es darf geschossen werden“ – sie kennen den Satz von Ulrike Meinhof.

Vor Beginn des Prozesses demonstrierten ein paar Dutzend Hanseln aus der antifa-Szene vor dem schwer gesicherten OLG für ihre „kämpfenden Genossen“. Es wäre mal eine wissenschaftliche Untersuchung wert, wie die 100 Demonstranten und die sechs Angeklagten drinnen ihren Lebensunterhalt bestreiten. Ich habe da so eine Ahnung. Sie uns ich – wir alle werden diese >Herrschaften finanzieren. Da würde ich eine Wette drauf abschließen.

Was ist die „Hammerbande“?

Die linken Schläger reisten vom 9. bis 12. Februar 2023 nach Budapest, wo der alljährliche Becsület Napja, der „Tag der Ehre“, stattfand, ein Treffen von Rechtsextremisten und Neonazis aus ganz Europa, die dem Versuch deutscher Wehrmachts- und SS-Verbände, gemeinsam mit ungarischen Kollaborateuren, am 11. Februar 1945 gedenken, aus dem von der Roten Armee belagerten Budapest auszubrechen.

Die deutschen Gewalttäter aus Jena und Leipzig griffen dabei gezielt Personen an, die sie aufgrund ihrer Kleidung dem rechtsextremen Spektrum zuordneten. Ansatzlos, völlig aus dem Nichts, fielen sie über ihre Opfer her und attackierten sie von hinten mit Hämfern, Schlagstöcken und Pfefferspray. Bei insgesamt acht koordinierten Überfällen wurden dabei mindestens neun Personen teils schwer verletzt. Unter den Opfern befanden sich auch völlig Unbeteiligte, die lediglich aufgrund ihrer Kleidung fälschlicherweise für Neonazis gehalten wurden.

Der Generalbundesanwalt stuft die „Antifa-Ost“ als militante, linksextreme Vereinigung ein. Bei den Attacken in der ungarischen Hauptstadt sollen die Angeklagten den Tod ihrer Opfer in Kauf genommen haben, was die Anklage als versuchten Mord einstuft.

Das hatten die reizenden Herrschaften und ihre Anwälte wohl nicht erwartet

Denn nicht einmal die ungarische Justiz ging von einen Tötungsvorsatz aus, wie es in einer Presseerklärung der antifa-Anwälte heißt. Der Generalbundesanwalt aber ignoriere die rechtliche Wertung des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof.

Aber, Sie kennen das, es gibt immer auch eine „Vorgeschichte“

Denn die linksradikalen Verbrecher hatten schon im April 2022 in Erfurt eine Verkäuferin angegriffen und zusammengeschlagen, die in einem Laden der Marke „Thor Steinar“ arbeitete. Die Angeklagten schlugen mit Fäusten auf den Kopf und Oberkörper der Frau, eine antifa-Kriminelle schlug die Verkäuferin mit einem Teleskopschlagstock, andere versprühten Buttersäure und Pfefferspray gezielt auf die Verkäuferin. In dem Geschäft entstand bei dem Angriff ein Schaden von mehr als 65.000 Euro.

TheGermanZ berichtete damals umfassend über die Angriffe in Erfurt und anderen Städten Ostdeutschlands. [Hier](#) und [hier](#) und [hier](#)...

+++Ich freue mich auch in 2026 über jede Unterstützung meiner Arbeit+++Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 und PayPal @Vers 1 Medien GmbH+++

Den Angeklagten wird neben versuchtem Mord die Bildung einer kriminellen Vereinigung und gefährliche Körperverletzung vorgeworfen. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hatte eine entsprechende Anklage des Generalbundesanwalts mit einigen Änderungen zugelassen. Für Betrugs- und Diebstahlvorwürfe sah das Gericht keine Zuständigkeit. Alle sechs Angeklagten sitzen derzeit in Untersuchungshaft. Als Kopf der Antifa-Ost gilt Johann G., der sich mit weiteren mutmaßlichen Mitgliedern in einem anderen Prozess am Oberlandesgericht Dresden verantworten muss.

Zur „Hammerbande“ gehört übrigend auch Maja T., eine „non-binäre Person“, die in Ungarn inhaftiert war und sich über ihre Haftbedingungen dauernd beklagte.

Sie erhielt daraufhin - kein Witz - Besuch von Katrin Göring-Eckardt, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages (Grüne). Zusammen mit weiteren Grünen-Politikern reiste die nach Budapest, Maja T. zu treffen und ihr bundesweite Beachtung für ihr Gejammer zu verschaffen. Göring-Eckardt prangerte nach dem Besuch angeblich „katastrophale Haftbedingungen“ in Ungarn an und forderte politisches Handeln der Bundesregierung.

Ob sich Frau Göring-Eckardt jemals darüber informiert hat, wie es den Opfern der Hammer-Attacken geht, ist nicht bekannt...